9. Rahmenkredit 2026–2029 für Subventionen gestützt auf § 16 des Energiegesetzes

Antrag des Regierungsrates vom 10. Dezember 2025 und Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 28. April 2026
Vorlage 6064, *Ausgabenbremse*

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Ziffer I untersteht der Ausgabenbremse. Und ich begrüsse an dieser Stelle ganz herzlich unseren Regierungsrat Martin Neukom.

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Der Regierungsrat beantragt für die Jahre 2026 bis 2029 60 Millionen Franken für Subventionen, gestützt auf Paragraf 16 des Energiegesetzes. Der Rahmenkredit soll den bestehenden Rahmenkredit 2023 bis 2026 ablösen, dessen Mittel demnächst aufgebraucht sein werden, also bereits ausgegeben oder zumindest als Beitrag gesprochen sind. Was soll denn subventioniert werden?
Erstens soll das bestehende Förderprogramm im Gebäudebereich fortgeführt werden. Konkret geht es um bauliche Massnahmen an Gebäuden, wie energetische Verbesserungen der Gebäudehülle, den Ersatz fossiler und elektrischer Heizungen durch Wärmeerzeugung mit erneuerbarer Energie und den Einbau von Wärmeverteilsystemen mit dezentralen Heizungen. Das ist mit Abstand der grösste Fördertopf: Gegen 90 Prozent der Mittel fliessen hierhin.
Zweitens, drittens und viertens werden Subventionen gesprochen für Pilotprojekte, bei denen es um Konzepte und Verfahren zur effizienten Energieanwendung, Energiespeicherung und Gewinnung erneuerbarer Energie geht; für landwirtschaftliche Biogasanlagen; und für indirekte Massnahmen wie Planungen und Studien, vor allem kommunale Energieplanungen sowie Informationen und Beratungen. Diese drei Töpfe zusammen machen gut 10 Prozent der Fördermittel aus. Es ist anzumerken, dass es für die erste Förderkategorie, die Massnahmen an Gebäuden, auch Bundesmittel gibt, die den kantonalen Beitrag ungefähr vervierfachen. Selbstverständlich sind die kantonalen und die nationalen Fördermittel inhaltlich und finanziell aufeinander abgestimmt. Verantwortlich für die Koordination ist der Kanton. Ebenfalls noch anzumerken ist, dass der vorliegende Rahmenkredit einen Bereich nicht abdeckt, nämlich die Langzeitspeicherung der sommerlichen Stromüberschüsse in den Winter. Dafür hat der Regierungsrat in Erfüllung einer Motion aus dem Kantonsrat die Gesetzesvorlage 6063 erarbeitet, die zurzeit in der KEVU diskutiert wird. Die bisherigen Rahmenkredite nach Paragraf 16 des Energiesetzgesetzes haben in der Vergangenheit wichtige Impulse für die Dekarbonisierung geleistet, und es ist davon auszugehen, dass das auch bei diesem Rahmenkredit der Fall sein wird. Die KEVU beantragt einstimmig, den Rahmenkredit zu genehmigen.

Regierungsrat Martin Neukom: Dieser Sommer zeigt, mit sehr grosser Wahrscheinlichkeit, die Auswirkungen des Klimawandels: Wir hatten Auswirkungen im Bereich der Wälder, der Böden, der Landwirtschaft, der Gewässer, für die Fische, für die Stromproduktion, für das menschliche Wohlbefinden und auch die Gesundheit. Es braucht Anpassung und es braucht Emissionsreduktion. Es ist kein Oder: Es geht nicht um Anpassung oder Emissionsreduktion, sondern um Anpassung und Emissionsreduktion. Und dieses Geschäft dient der Emissionsreduktion. Das Förderprogramm Energie unterstützt die Emissionsreduktion bei den Gebäuden. Aktuell bestehen im Kanton Zürich noch 95'000 Elektroheizungen. Es werden Gelder vom Bund aus der CO_2-Abgabe verwendet und kantonale Mittel im Förderprogramm, und das Programm unterstützt Massnahmen im Bereich Ersatz von fossilen Heizungen, Dämmung von Dach, Keller, Decke oder Fassaden, Gesamtsanierungen und einiges mehr. Zur Erinnerung: Im Gebäudebereich haben wir bezüglich Klimaschutz grosse Fortschritte gemacht, die Emissionen sind stark gesunken, ganz im Vergleich zu den Emissionen im Bereich Verkehr, Luftverkehr oder Konsum. Hier hatten wir also Erfolg, und das Förderprogramm ist ein wesentlicher Teil dieses Erfolgs. Und gerade weil dieses Förderprogramm so viel Erfolg hatte, konnte ich es kaum glauben, als der Bundesrat dem Parlament beantragte, das Förderprogramm, das Gebäudeprogramm, ersatzlos zu streichen, um Geld zu sparen. Das wäre ein massiver Einschnitt gewesen. Nun, ich bin Vizepräsident der Energiedirektorenkonferenz, und wir haben im Vorstand der Energiedirektorenkonferenz einen Kompromiss geschmiedet, um zu versuchen, diese ersatzlose Streichung des Gebäudeprogramms abzuwenden. In diesem Kompromiss haben wir vorgeschlagen, zwei Förderprogramme des Bundes zusammenzulegen sowie die Teilzweckbindung leicht zu erhöhen, und damit sind wir auf die Parlamentarierinnen und Parlamentarier zugegangen. Glücklicherweise wurde dieser Kompromiss aufgenommen, und er wurde von beiden Kammern angenommen. Das heisst, wir können das Gebäudeprogramm fortführen, darüber bin ich sehr froh. Leider mit etwas weniger Mitteln; das sollte knapp zu verkraften sein, aber es hat Auswirkungen: Wir werden bereits ab 2027 keine Luft-Wasser-Wärmepumpen mehr fördern können. Wer sich also noch eine Luft-Wasser-Wärmepumpe installieren möchte, dem sei geraten, dies möglichst schnell zu tun.
Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat einen Rahmenkredit von 60 Millionen Franken für das Förderprogramm von 2026 bis 2029, also für dreieinhalb Jahre. Dazu kommen Mittel aus der CO_2-Abgabe und dem Impulsprogramm. Und bevor Sie jetzt glauben, wir seien hier im Kanton Zürich bezüglich Förderprogramm besonders grosszügig: Wenn wir uns mit den anderen Kantonen vergleichen, dann gehören wir zu jenen Kantonen mit den geringsten Pro-Kopf-Ausgaben für dieses Förderprogramm. Wir zahlen 18 Franken pro Kopf, der Schweizer Durchschnitt der Kantone beträgt 36 Franken pro Kopf. Fazit: Ich bin sehr froh, dass wir das Gebäudeprogramm fortführen können, wenn auch leicht reduziert, und ich bin überzeugt, dass es weiterhin seine Wirkung zeigen und zur Emissionsreduktion und damit zum Klimaschutz im Gebäudebereich beitragen

wird. Im Namen des Regierungsrates beantrage ich Ihnen, dem Rahmenkredit zuzustimmen. Besten Dank.

Paul von Euw (SVP, Bauma): «Ein weiterer Rahmenkredit für Gebäudeeigentümer infolge der verfehlten Energiepolitik im Kanton Zürich»: Unter diesem Titel müsste dieses Geschäft eigentlich traktandiert sein. Mittels der schweizweit ziemlich schärfsten und im Zürich-Finish verfilzten Auflagen im Bereich Gebäudeheizung, Warmwasseraufbereitung, Stromverbrauchs- und Stromproduktionsmassnahmen traktiert der Kanton Zürich die Hauseigentümer direkt. Und indirekt die Mieterinnen und Mieter mit dem hohen Umbau- und Sanierungskostenanteil.
Mit der Revision des Energiegesetzes 2022 und den damit einhergehenden Auflagen wurden unter der Federführung der sogenannten Klima- und Fortschrittsallianz den Hauseigentümern, bildlich gesprochen, beide Beine gebrochen. Und jetzt bringen wir mit dieser Vorlage einen Gips für den Beinschaden, um die Hausbesitzer nicht finanziell in den Ruin zu treiben, einen Gips in Form von 286 Millionen Franken. Nun gut, Sie werden jetzt sagen, der Kanton Zürich berappe ja lediglich einen Anteil von 60 Millionen Franken für die kommenden vier Jahre. Dabei dürfen wir uns nicht blenden lassen und müssen sehen, dass auch die übrigen 228 Millionen Franken durch die Steuerzahlenden und Energiekonsumenten bezahlt werden.
Auch dieses Geld wird in Form von Steuern und Abgaben erhoben. Dazu hat der Zürcher Kantonsrat einfach nichts zu sagen. Die SVP/EDU-Fraktion spricht sich normalerweise gegen solch hohe Unterstützungsgelder für individuelle Bedürfnisse aus und auch mit diesem Entscheid hat die Fraktion ziemlich gerungen. Ausschlaggebend für unseren Entscheid, diese Kröte für das Wohl der ganzen wohnenden Bevölkerung nochmals zu schlucken, war die Beurteilung der aktuellen Situation bezüglich der Entwicklung von Wohn- und Gebäudekosten. Diese stufen wir nach wie vor als kritisch hoch ein und wir möchten mit diesem Rahmenkredit einen Beitrag zur Entlastung für Gebäudeeigentümer und damit auch indirekt für Mieterinnen und Mieter leisten.
Wir stellen folgende Forderungen zur Verwendung der heute gesprochenen Gelder: Erstens, wir erwarten den Einsatz der heute gesprochenen Mittel zur Umsetzung von Massnahmen, die den Wohnraumkosten zugutekommen. Zweitens, es dürfen keine Gelder für bürokratische Aufwände, etwa für eigens proklamierte Umweltschutzbüros, welche Tausende von Seiten Papier für das Archiv produzieren, verwendet werden. Und es dürfen auch keine dieser Gelder für Kontroll- und Weisungsstellen ausgegeben werden. Drittens, die Gelder sind nur im Bereich der erwähnten Pilotprojekte einzusetzen, welche wirklich neu sind und einen hohen Grad an Erfolgschancen ausweisen. Erfolglose Leuchtturmprojekte müssten von der Unterstützung ausgeschlossen werden. Viertens, wir wollen keine doppelspurigen Fördergelder. Diese Gelder dürfen daher nicht für Energiespeicher, unabhängig davon, ob Langzeit- oder Kurzzeitspeicher, eingesetzt werden. Dafür

ist bekanntlich bereits die nächste Vorlage durch den Regierungsrat in der Pipeline.
Nun will ich noch in die übernächste Geländekammer schauen und stelle im Namen der SVP/EDU-Fraktion folgende Forderungen: Der Kanton Zürich muss seine Energiestrategie überarbeiten. Wir brauchen eine Energiestrategie, welche in einem weltweiten Gesamtkontext des CO_2-Ausstosses steht. Wir brauchen eine Energiestrategie, welche den ideologisch geprägten Mikrokosmos von Links-Grün ausblendet. Wir müssen unbedingt aufhören, in unserem Mikrokosmus zu leben, und unbedingt anfangen, über unseren Tellerrand hinauszuschauen. Wir haben gemerkt, dass unsere sehr teuren Massnahmen und Anstrengungen, unseren Treibhausgasfussabdruck zu verkleinern, null Wirkung zeigen. Die einzige Wirkung – so zu erleben in Ländern mit einer ähnlichen Energiestrategie – ist die Schwächung der Volkswirtschaft.
Ich komme zum Fazit: Die SVP/EDU-Fraktion stimmt dem Rahmenkredit für die kommenden vier Jahre zu. Die SVP/EDU-Fraktion erwartet vom Zürcher Regierungsrat eine Anpassung der Zürcher Energiestrategie, die ohne Hunderte von Millionen Franken Fördergelder auskommt, und eine Energiestrategie, die für die Bevölkerung und nicht gegen die Bevölkerung ist. Und von Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, erwarte ich die Mitarbeit und Unterstützung für eine richtige und gute Energiestrategie. Wenn wir diesem Fazit folgen, brauchen wir im Jahr 2029 keinen Rahmenkredit mehr.

Markus Bärtschiger (SP, Schlieren): Ich hoffe, Sie hatten alle einen schönen Sommer. Ich hatte ihn, es war sehr heiss, und dies nicht nur wegen der Brandrede von Herrn von Euw. Mein Computer hatte anscheinend auch einen schönen Sommer, er lässt sich nicht mehr starten, und ich konnte meine Rede auch nicht ausdrucken. Aber, Frau Ratspräsidentin, das hilft. Ich werde wahrscheinlich kürzer sein als vorgesehen – und zwar bei den nächsten fünf Traktanden, weil ich dort als Redner vorgesehen bin *(die Ratspräsidentin hatte im vorangehenden Traktandum zur Ratseffizienz gemahnt).*
Nun zum Rahmenkredit: Ich muss zum Inhalt nicht allzu viel sagen, der Herr KEVU-Präsident Hasler und Herr Regierungsrat Neukom haben den Inhalt nochmals für uns aufbereitet. Nur zwei oder drei Sachen in Kürze: Der Regierungsrat legt den Antrag zum Rahmenkredit vorzeitig vor, besten Dank hierfür. In Paragraf 16 des Energiegesetzes heisst es ja, dass man diesen Rahmenkredit mindestens alle vier Jahre vorlegen solle, nicht höchstens alle vier Jahre. Der Regierungsrat ist damit also vorzeitig gekommen. Das ist in diesem Fall sicherlich richtig. Warum ist es richtig? Wir haben es gehört, der Kredit ist bereits ausgeschöpft. Warum ist er ausgeschöpft, Herr von Euw? Weil insbesondere beim Heizungsersatz vorwärtsgemacht wird, und dies nicht nur wegen des Energiegesetzes – sicherlich auch, und wir sind dankbar dafür, dass das Gesetz auch wirkt –, sondern gewiss ebenso wegen der Weltlage: weil die Preise auf dem Energiemarkt explodiert sind, weil die Leute Sicherheit darüber gewinnen wollen, von wo sie die

Energie morgen überhaupt noch haben. Da ist halt der elektrische Strom ein bisschen sicherer als Gas oder Erdöl. Entsprechend muss es doch in Ihrem Sinne sein, dass die Hauseigentümer, die nun beim Heizungsersatz vorwärtsmachen, auch unterstützt werden. Und es erstaunt mich, dass Sie vorher eine solche Brandrede gehalten haben. Wir waren uns, notabene, in der KEVU ja einig, dass dies etwas Sinnvolles ist. Sinnvoll ist es sicherlich auch, Innovation dort zu unterstützen, wo der Markt noch nicht funktioniert oder wo er versagt, damit wir hier auf dem Energiemarkt ebenfalls vorwärtskommen. Nochmals besten Dank dem Regierungsrat dafür, dass er diesen Rahmenkredit vorzeitig vorlegt. Wir hoffen natürlich, dass er wieder mit einer neuen Vorlage kommt, wenn der Kredit wiederum in Kürze ausgeschöpft ist.

Sarah Fuchs (FDP, Meilen): Zu Beginn lege ich meine persönliche Interessenbindung offen: Ich bin Vorstandsmitglied der Fachvereinigung Wärmepumpen Schweiz.
Der Rahmenkredit für die Subventionen, gestützt auf Paragraf 16 des Energiegesetzes, wird nun zum dritten Mal aufgelegt, wie Sie schon mehrfach gehört haben. Es zeigt sich – und das zeigten ebenso die Beratungen in der KEVU und die Erklärungen unseres Kommissionspräsidenten und des Regierungsrates von heute Morgen –, dass er sich bewährt und etabliert hat. Insbesondere die Nachfrage nach Fördermitteln im Gebäudebereich war sehr hoch, und die Baudirektion erwartete während der Beratungen im ersten Quartal, dass diese Fördermittel in diesem dritten Quartal ausgeschöpft würden. Ich hätte eigentlich erwartet, dass der Herr Baudirektor *(Regierungsrat Martin Neukom)* dies noch kurz kommentiert, aber es ging unter. Vielleicht können Sie noch etwas dazu sagen, ob diese Mittel jetzt schon aufgebraucht sind.
Aus diesem Grund braucht es eine Neuauflage des Rahmenkredites, und die FDP-Fraktion wird dieser Neuauflage zustimmen. Bisher, das hat der Kommissionspräsident auch schon erwähnt, war der Teil «Speicherung» ein Teil dieses Rahmenkredites. Und aufgrund der Vorlage 6063 wurde der Teil «Speicherung» aus dem Rahmenkredit herausgestrichen und in die neue Vorlage übertragen. Wir seitens der FDP sehen eine Möglichkeit, dass diese Vorlage 6063 im Kantonsrat nicht auf Zustimmung stossen wird. Ich sage einfach: eine Möglichkeit. Sollte dies der Fall sein, möchten wir hiermit festhalten, dass wir wiederum die Option sehen, dass innerhalb dieses Rahmenkredites trotzdem noch Gelder für die Speicherung vorgesehen werden, auch wenn wir ihn heute ohne diesen Teil beschliessen. In den letzten vier Jahren wurden nur 330'000 Franken für die Speicherung ausgegeben. Es ist also im Vergleich zur Gesamtsumme ein relativ kleiner Betrag, und wir möchten nicht, dass die Unternehmen, die Leute, die allenfalls Projekte vorantreiben, dann mit abgesägten Hosen dastehen. Deshalb möchte ich schon auf die Debatte zu 6063 vorgreifen und betonen, dass wir hier die Möglichkeit einer Umschichtung vorsehen.

Auch die Mittel für die Pilotprojekte wurden nicht ausgeschöpft, und hierzu haben wir ein weinendes und ein lachendes Auge. Einerseits sind Pilotprojekte Innovation. Innovation ist Fortschritt, und wir sind überzeugt, dass wir mit technischen Lösungen eine effizientere und umweltschonendere Energieversorgung ermöglichen und auch die Eindämmung des Klimawandels vorantreiben. Wir würden es begrüssen, wenn die Zürcher Wirtschaft hier auf Innovation setzt. Und wenn wir für einmal Mittel zur Verfügung stellen und dies von der FDP unterstützen, dann würden wir uns auch freuen, wenn diese Mittel abgeholt werden. Aber gleichzeitig sehen wir das auch mit einem lachenden Auge, denn die Staatskasse dankt für jeden nicht ausgegebenen Franken.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Die Vorlage, über die wir sprechen, führt ein bewährtes und stark nachgefragtes Förderinstrument verlässlich weiter. Damit schafft sie Kontinuität genau dort, wo sie energiepolitisch besonders wirksam ist. Sie senkt den Energieverbrauch, reduziert CO_2-Emissionen, und die Investitionen geben Eigentümerinnen und Eigentümern die nötige Sicherheit für langfristige Entscheide. Die Vorlage war, wie wir bereits gehört haben, unbestritten, zumindest bis heute Morgen. Mit dem neuen Kredit kann im bisherigen Rahmen weitergearbeitet werden. Und die Zustimmung ist wichtig, sie verhindert ein Stop and Go bei Gebäudesanierungen und beim Heizungsersatz und sorgt für Planungssicherheit. Das ist verlässliche Energiepolitik, wie wir sie möchten. Diese Verlässlichkeit ist wichtig. Denn wie der Baudirektor vorher bereits ausführlich erläutert hat, geraten die Fördermittel insbesondere des Bundes immer wieder unter Druck. Gerade vor den Ferien hat der Bundesrat ja eine empfindliche Kürzung im Bereich der erneuerbaren Energien geplant.
Die GLP wird der Vorlage also zustimmen, ohne weitere Forderungen. Wir vertrauen dem Vollzug, dass er diese Mittel wie bis anhin pragmatisch und zielorientiert einsetzt, und werden dies auch prüfen. Und eine kurze Replik an den Kollegen der SVP: Wir sind bereit, über die Energiepolitik zu sprechen, und wir stehen für eine Energiepolitik – und jetzt werde ich sogar etwas schweizerisch volksparteilich –, die die Schweizer Ressourcen nutzt. Das sind Wasser, Sonne und Wind. Wir sind klar gegen eine Energiestrategie, die an der Strasse von Hormus oder bei Uranversorgungsproblemen aus Kasachstan oder anderen weltpolitischen Brennpunkten brachial scheitert. Denn das, was ich vorher gehört habe, ist ein Ja zu international schwieriger Energie und nicht zu Schweizer Energie.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Die Grünen unterstützen den Rahmenkredit. Über die einzelnen Zahlen der Förderinstrumente wurde schon ausführlich gesprochen, deshalb möchte ich auf zwei Punkte fokussieren:
Erstens, das Förderprogramm funktioniert, die Nachfrage ist hoch. Die Mittel der vergangenen Jahre wurden sehr gut genutzt, weshalb schon frühzeitig für den nächsten Rahmenkredit angefragt wird. Dies zeigt, dass Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer bereit sind, ihre Gebäude energetisch zu sanieren, fossile Heizungen durch erneuerbare Systeme zu ersetzen. Das ist gut investiertes Geld.

Jede sanierte Gebäudehülle reduziert den Energieverbrauch über Jahrzehnte. Jede ersetzte Öl- und Gasheizung reduziert unsere Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und bringt uns den Klimazielen einen Schritt näher. Umso unverständlicher war es, dass der bürgerliche Bundesrat das Programm gänzlich streichen wollte. Während die Nachfrage nach energetischen Sanierungen hoch ist, kürzt das eidgenössische Parlament ausgerechnet bei einem erfolgreichen Instrument der Klimapolitik – oder allenfalls sogar dem erfolgreichsten – die Mittel für dieses Gebäudeprogramm. Ich bin froh, dass wir in der KEVU diesen Kredit einstimmig unterstützen. Wenn wir diese Gelder einsparen, dann sparen wir heute beim Klimaschutz und zahlen das in Zukunft mit höheren Energiekosten – und mit Klimakosten, die uns immer mehr augenscheinlich gezeigt werden. Das ist sehr kurzsichtig, wie der aktuelle Sommer auch gezeigt hat. Dieser sollte wirklich ein Weckruf sein.
Zweitens ist für uns die Kontinuität entscheidend. Förderprogramme funktionieren nur, wenn Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer und die Wirtschaft darauf vertrauen können, dass es kein Stop and Go gibt. Ein solches schafft Unsicherheit für die Investoren und verhindert dann die Investitionen. Der letzte Rahmenkredit wurde vom Kantonsrat um 8 Millionen Franken erhöht und ist trotzdem früher ausgeschöpft als vorgesehen. Wir verzichten heute auf eine weitere Erhöhung, wir erwarten aber vom Regierungsrat, dass er rechtzeitig wieder in den Kantonsrat kommt, wenn es sich abzeichnet, dass die Mittel nicht ausreichen werden. Ein erfolgreiches Förderprogramm sollte nicht deshalb gebremst werden, weil es erfolgreicher ist als erwartet.
Und zu Herrn von Euw, der ein bisschen in ein Wespennest gestochen hat, möchte ich schon auch replizieren. Herr von Euw, Sie leben definitiv auf einem anderen Planeten als ich. In Ihrem Mikrokosmos scheint die Welt wirklich anders. Global wird am meisten Solar- und Windenergie zugebaut, das sind die Energieformen, die heute die Wirtschaft antreiben. Ich weiss nicht, wo Sie hinschauen oder von welchen Daten Sie informiert werden. Dieser Sommer sollte für die SVP, für die Landwirte innerhalb dieser Partei ein Weckruf sein, sie durchschütteln. Das wird nicht der letzte Sommer dieser Art sein, das ist der kühlste Sommer, den wir in der Zukunft erwarten dürfen. *(Zwischenrufe von der rechten Ratsseite.)*

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Die Mitte-Fraktion ist daran interessiert, dass Forschung und Entwicklung im Energiebereich intensiv fortgeführt werden. Aus diesem Grund muss der Rahmenkredit erneuert werden, damit das Förderprogramm im Gebäudebereich fortgeführt werden kann. Nach wie vor sind Gebäudesanierungen, Isolationen, Heizungsersatz und so weiter zur energetischen Aufwertung wichtig und nötig. Deshalb braucht es Planungssicherheit durch diesen Rahmenkredit. Die Förderung soll dort ansetzen, wo die gewünschten Entwicklungen nicht durch den Markt angestossen werden. Pilotprojekte für effiziente Energieanwendungen, zur Gewinnung erneuerbarer Energien und zur Reduktion des Ausstosses von Treibhausgasen sollen subventioniert werden. Die Mitte-Fraktion bewilligt diesen Rahmenkredit, gestützt auf das Energiegesetz.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Öl und Gas verbrennen für Energie war gestern, das, sollte man zumindest meinen, sollte unser Anspruch sein. Doch dann kommt Helene Fischer in den Letzigrund und verfeuert an einem einzigen Konzertabend locker 3000 Liter Diesel für die Notstromaggregate. «Atemlos durch die Nacht», mit einem Hauch von Abgas in der Luft, das ist Musik in den Ohren der Schlagerfans und der Ölkonzerne. Aber bleiben wir realistisch: Für solche Momente der Lebensfreude müssen ein paar fossile Takte drinliegen. Doch das darf uns nicht davon abhalten, den eingeschlagenen Weg konsequent weiterzugehen, etwa bei der energetischen Sanierung unserer Gebäudehüllen oder dem Ersatz fossiler und ineffizienter elektrischer Heizsysteme. Auch wenn 60 Millionen Franken in vier Jahren eigentlich viel zu wenig sind, um diese Herausforderung wirklich zu stemmen – als Motivationsschub und Unterstützung für alle, die ihren Beitrag zur CO_2-Reduktion leisten wollen, reichen sie allemal. Mindestens genauso wichtig sind die Mittel für Pilotprojekte, denn innovative Konzepte und Verfahren für eine effizientere Energienutzung oder den Ausbau erneuerbarer Energien sind dringender denn je. Lassen wir diesen Rahmenkredit also wortwörtlich zum Evergreen werden und stimmen wir ihm definitiv zu. Die EVP wird das in jedem Fall tun.
Und auch von meiner Seite eine kleine Replik an meinen geschätzten Kollegen von der SVP. Danke für die Einladung, zusammen mit euch eine Energiestrategie zu verfolgen, die dem Volk dient. Da sind wir voll bei euch. Als Grundlage dienen uns aber dabei Volksentscheide, wie zum Beispiel die haushohe Annahme des Energiegesetzes durch die Zürcher Bevölkerung.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Die Alternative Linke wird diesen Rahmenkredit selbstverständlich ebenfalls unterstützen. Wir führen damit das bewährte Förderprogramm im Gebäudebereich fort. Es hat sich als wirkungsvolles Mittel über Jahre bewährt, und wir schaffen mit dieser Zustimmung auch eine Zuverlässigkeit unserer Politik hier im Kanton.
Gerade auch dieser Sommer hat gezeigt, dass energetische Massnahmen, worunter auch die energetischen Sanierungen von Gebäuden fallen, wirklich nottun und keinen Aufschub mehr vertragen – insbesondere nicht durch weitere ideologische, nicht wissenschaftliche Ergüsse, wie wir sie zuvor vonseiten der SVP gehört haben. Sie werden am Ende diesem Kredit vernünftigerweise zustimmen, das freut uns natürlich. Sie tun dies vielleicht aber auch nur darum, weil es in Ihren Reihen trotzdem noch genug Besitzende gibt, die davon am Ende aber auch am meisten profitieren. Dies wohl hier durchaus auch darum, weil im Moment weiter wirkungsvolle Massnahmen fehlen, die verhindern, dass rücksichtslose Immobilienhaie infolge solcher energetischer Sanierungen Mieterinnen und Mieter durch überhöhte Mietzinse über Gebühr schröpfen. Aber dies ist halt auch etwas, was wir über Gesetze regeln müssen und nicht über diesen bereits bestehenden Kredit. Trotzdem ist es wichtig, dies hier auch nochmals zu betonen, denn im Moment werden solche energetischen Sanierungen, wie erwähnt, von Immobilienhaien

dazu benutzt, die Mieten über Gebühr zu erhöhen und sich zulasten von Mieterinnen und Mietern zu bereichern, und dies halt auch noch subventioniert mit diesem Rahmenkredit. Wie bereits gesagt, die AL wird diesem Rahmenkredit zustimmen, da der erwähnte Missstand durch eine Ablehnung des Kredits auch nicht in irgendeiner Weise behoben würde und damit auch dem Klima nicht geholfen wäre.

Detailberatung

Titel und Ingress
I.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Ratspräsidentin Romaine Rogenmoser: Nun stellen wir aber noch fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 180 Mitgliedern. Es braucht also 91 Stimmen. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über die Ausgabenbremse
Für Ziffer I der Vorlage 6064 stimmen 172 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–V.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.